

Solidaritätspreis: öS 20.-

öS 8.-

- ⌚ Regierungs-umbildung
- ⌚ 50 Jahre
- ⌚ 2. Republik
- ⌚ Türkei

Nein zum Angriff auf soziale und demokratische Rechte

Nein zur dritten Republik!

*Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/NAI
Raizerstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 11 Fax 01/ 524 63 11
E-mail: slp@wsm.at*

Die Stationierung von Atomraketen in Österreich? In Haiders "3.Republik" kein Problem. Aber das ist nur ein kleiner Teil der gefährlichen Sprengsätze, die die F-Bewegung für uns bereit hält, falls sie an die Macht kommt. Was steckt hinter dem Konzept der "3.Republik"? Wem nützt sie? Und wer will sie?

von Sonja Grusch

Klar gestellt werden muß: Es gibt zwei große, völlig unterschiedliche Gruppen von F-Wählern. Hier sind die, die F als radikales Kampfmittel gegen Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisationen sehen. Und da sind jene, die aus Wut und Enttäuschung über die Regierung Haider ihre Stimme geben - als Ausdruck ihres Protestes. Die erste Gruppe würde vom F-Konzept profitieren, die zweite nicht.

Was Haider wirklich will?

Einen Menschen soll man nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten beurteilen. Haider spielt sich gern als „Vertreter des kleinen Mannes“ auf, als „Aufdecker von Skandalen“, als „Politischer Saubermann“. Aber wie schaut seine praktische Politik aus?

F-Politiker führen sich, wenn sie Funktionen haben, mindestens genauso wie die Vertreter anderer Parteien auf. Als Haider mit Hilfe der ÖVP fast wieder Kärntner Landeshauptmann geworden wäre, wurden die Postchen zwischen FPÖ und ÖVP bis ins Detail ausgepackelt.

Skandale der F

Skandale gab es in der FPÖ bereits genug: Funktionäre, die ungerechtfertigt Arbeitslosengeld bezogen

(Lindenberger) oder es zumindest versuchten (Scheifner). Ein F-Bezirksfunktionär, der nichts dabei fände, wenn mit Waffen gegen Jugendliche vorgegangen würde und selbst wegen Amtsmißbrauch vom Dienst suspendiert wurde (Brandl). RFJ'ler, die in der Öffentlichkeit als Nazis aufräten, und Antifaschisten mit einer Pistole bedrohten (Fraudendorfer - Ex RFJ-Vorsitzender von Wiener Neustadt). Die immer wieder festgestellten Querverbindungen zwischen F und Rechtsextremen. Oder Haider selbst mit seinen diversen „Sagern“, ob über die Mißgeburt Österreich oder die ordentliche Beschäftigungspolitik.

F ist keine Partei „des kleinen Mannes“

Ein Blick auf das „Sparpaket der FPÖ“ zeigt deutlich wo die Freiheitlichen stehen. Für Arbeitslose soll es

F-Programm für den kleinen Mann:
Für Arbeitslose soll es „gemeinnützige Pflichtarbeit“ geben und die kollektiv-vertraglichen Mindestlöhne in Niedriglohnbranchen sollen gesenkt werden.

„gemeinnützige Pflichtarbeit“ geben und die kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Niedriglohnbranchen sollen gesenkt werden (!). Der Durchrechnungszeitraum bei der Arbeitszeit soll verlängert werden (also weniger Bezahlung bei Überstunden) und im Bildungsbereich sollen die Klassen vergrößert werden. Als Argument gegen eine höhere Besteuerung von höheren Einkommen, meinte man, daß würde ja jene

treffen, die etwas leisten in diesem Land. Was heißt das? Die Bezieher von niedrigen Einkommen leisten nichts? Sind selber schuld, daß sie wenig verdienen? Sind sowieso alles Sozialschmarotzer?

Hinter der volksnahen Maske des Jörg H. verbirgt sich der Unternehmerfreund, der Sozialabauer, der Kämpfer gegen Arbeiterorganisationen und Arbeiterrechte. Als Haider in Kärnten Landeshauptmann war wurden z.B. Übertritte des Lehrlingschutzgesetzes (die in den Aufgabenbereich des Landeshauptmannes fallen) weniger bestraft als zuvor.

F will Polizeistaat

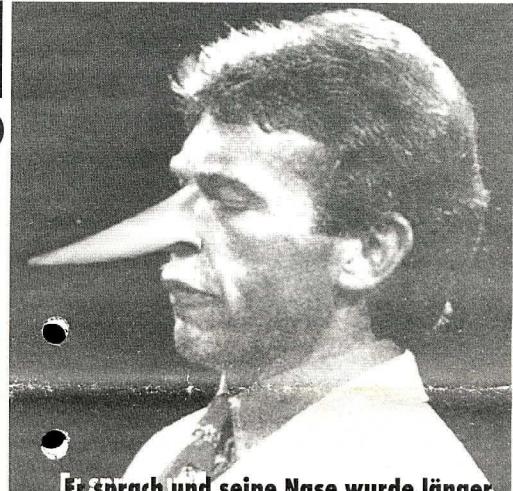
„Wien darf nicht Chicago werden“ - mit diesen Plakaten begann die FPÖ ihren Propagandafeldzug für mehr und besser ausgerüstete Exekutive. Auf alle wirklichen und vermeintlichen Probleme dieser Welt hat die F nur eine Antwort: Drogen - mehr Polizei; Schwarzarbeit - mehr Polizei; Jugendliche die Probleme haben - mehr Polizei; Bekämpfung der Armut - mehr Polizei.

Natürlich nur solange es die kleinen Leute trifft. Denn die FPÖ war z.B. in Wien die einzige Partei, die gegen härtere Strafen für Schwarzunternehmer“ (also solche, die Ausländer zum Billigtarif schwarz ausbeuten) eintrat.

Überdies will Haider demokratische Rechte einschränken. Unter anderem durch die Ausweitung der Kompetenzen des Bundespräsidenten.

Nein zu Haiders „3.Republik“

Haider und seine Partei sind keine Vertreter der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Das haben sie bewie-



Er sprach und seine Nase wurde länger

sen. Sie versuchen diese zu spalten - in Inländer und Ausländer, in Frauen und Männer, in „Fleißige“ und „Arbeitsscheue“. Mit einem einzigen Ziel. Wenn sie nicht gemeinsam kämpfen, werden sie nichts erreichen. Die „3.Republik“ ist nichts wirklich anderes. Auch die „2.Republik“ ist nicht der Hort der Demokratie und des Wohlstandes. Die Regierungsparteien, die verbal strikt gegen die „3.Republik“ eintreten, paßt, wird der rechte Flügel der ÖVP, - der inhaltlich weitgehend ident ist mit der F - ohne weiteren den Steigbügelperhalter Haiders spielen.

Die SPÖ-Führung klappt ange- sichts der Polarisation von rechts vollkommen zusammen. Durch ihre Sozial- und Ausländerpolitik treibt sie Haider die Menschen zu. Zurecht gibt es Empörung über das derzeitige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, die Ausbeutung und die Pak- kelei.

Wenn wir Haider tatsächlich stoppen wollen, müssen wir eine Kraft, die diese Punkte aufgreift und mit sozialistischen Lösungen verbindet, aufbauen.

Veranstaltung:

**2.Republik
Ende einer Erfolgsstory?**

Mi 17.5.1995, 19 Uhr

**Cafe Spektrum
2, Arnezhofstr./Ecke Mumbg.**

Der Standpunkt:

Ein Ausnahmezustand ist zu Ende



John Evers

Einige Zeit schien die Welt zumindest in einem Punkt in Ordnung zu sein. Gab es doch zuletzt ein energiesches Vorgehen von Polizei und Justiz gegen die rechtsextreme Szene? Ein Ausnahmezustand in der Geschichte der Republik. Der Terror der Rechten erzeugte gesellschaftlichen Gegendruck. So stark, daß jener Staatsapparat, der 40 Jahre lang am rechten Auge blind gewesen war, seine Augenklappe etwas hoch hielt. Dieser Ausnahmezustand diente mit den Bomben von Ebergassing zu Ende sein. Genüglich rechnen die Medien Bombe mit Bombe auf. Die Krone und Hader gehen am weitesten: Sie "überlegen", ob nicht die rechtsextremen Anschläge auch aus der autonomen Szene kämen. Weiters fordern sie, die Kräfte der Staatspolizei von den Nazis abzuwenden, die Linken besser überwachen zu können. Als ob es jemals anders gewesen wäre. Als rückbar habe, daß Zehntausende über Jahr hinweg von der Exekutive bespitzelt wurden, stellte sich heraus, daß fast ausschließlich "Linke" ausgespielt wurden. Pogromstimmung, die sämtliche linke Gruppierungen trifft, soll jetzt vertrieben werden. Und die angebliche und tatsächliche Linke ist sprachlos. Bestensfall, denn für Leute wie Monika Langharter handelt es sich bei Ebergassing schlichtweg „um einen ernsthaften Angriff auf unsere Demokratie“. So ernst, wie Ötherwart? Aber er ist Terror nicht gleich Terror? Eine derartige Aufrechnung ist ebenso falsch, wie der Versuch den Holocaust mit Stalins Gulag zu rechtfertigen oder umgekehrt. Der Terror der Nazis ist von seinem Hintergrund, der Struktur und sogar der Ausführung etwas älter als der von Ebergassing. Den Faschisten geht es darum, eine terroristische Gesellschaftssetzung - die in diesem Jahrhundert bereits 60 Millionen Menschen auf dem Gewissen hat - herzubauen. Den „Anarchisten“ (wenn sich die Täter dieser Denkrichtung zugehörig fühlten) geht es darum, mit fatalen Mitteln ein System der absoluten Freiheit zu erreichen. Wie man diesem näher kommt, indem man Habe verdunkelt, ist natürlich nicht nachvollziehbar. Im Zusammenhang mit dem aktuellen Anschlag wurden aber auch einige interessante Details sichtbar. In Oberwart wurden zuerst die Habsburger der Roma durchsucht. Nach dem Attentat auf den Strommast durchwühlte aber niemand die Zentrale der Stromgesellschaft, sondern drang die Alarmabteilung in das Ernst-Kirchberger-Haus ein. In den Tagesschriften waren Interviews mit verdreckten Fahndern in der „gewaltbewaffnete Linke Szene“ zu lesen. In die reichen Szenen gingen auch Verbündete anderer Natur: Über Gruppierungen wie die NS-Notwendigenschaft der Polizei, um keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen. Die Tat von Ebergassing ist klar zu verurteilen. Aber der „geistige Ziehvater der rechtsextremen Terrors“, Jörg Haider, hat dazu sicherlich kein Recht. Ebenso wenig die Medien, die seine ausländerfeindliche Hetze mittragen. Was jetzt sicher nicht geschehen darf, ist, daß mit dem Verweis auf Ebergassing die Gefahr von Rechts- oder die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung zugedeckt wird.

Was will VORWÄRTS?

Für die große Mehrheit der Menschen hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der 3. Welt sterben täglich zehntausende Menschen, die Umweltverschmutzung wird zunehmend zu einem unlohnenden Problem, und auch in den westlichen Industriestaaten liegen immer mehr Lohnabfälle unter Sozialabfall und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird eine kleine Minderheit von Arbeitnehmern reicher und reicher. Die Ablösung dieser, der kapitalistischen Gesellschaft ist überfällig. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen, Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt, so gäbe es gerecht verteiltes Einkommen, mehr Hunger und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden.

Ein paar Reformen könnten da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß in Gemeineigentum übergeführt und demokratisch geplant werden, damit nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur und nicht für Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung von Privilegien wird verhindert, daß das System korrumpt und diskriminiert. Durch Sozialplanung wird die Produktion nach Bedarf gestaltet.

VORWÄRTS ist eine unabhängige marxistische Bewegung. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeitbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe der sozialistischen Gesellschaft. **VORWÄRTS** ist Teil einer internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern Ost- und Westeuropas und in vielen Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Weltweit kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die die Arbeiterschwung durchgesetzt hat. **VORWÄRTS**-Aktivisten sind dort vertreten, wo sich Jugendliche und Erwachsene in Europa und Amerika zusammenfinden. Wir sind die österreichische Sektion von Jugend gegen Rassismus in Europa", dem "Antifaschistischen Komitee Österreich", dessen Gründung wir initiiert haben.

In der SPO kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteiführung und für einen sozialistischen Kurswechsel. **VORWÄRTS**-Aktivisten traten als Gewerkschafter und Betriebsräte für eine konsequente Vertretung ihrer in- und ausländischen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnerschaft und für eine kämpferische Interessenvertretung ein.

Mit unserer Zeitung **VORWÄRTS** wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterschwung und einer bürgerlichen Macht leisten. Sie steht für Verbundenheit, sozialistische Ideale und Infos und Erfahrungsaustausch. Sie kann unabhängig von Parteien, Unternehmen und Institutionen. Unsere Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützt, werde aktiv und mache mit **VORWÄRTS**.

Kehren neue Besen besser?

Geraude vier Monate hat die instabile Regierung in der Geschichte der 2. Republik gehalten. Jetzt gibt es die „Koalition neu“. Rot - Schwarz - wie lange noch?

Claudia Sorger SJ 3

Wären jetzt Wahlen, könnten SPÖ und ÖVP gerade noch 55% der Wählerstimmen auf sich vereinen. Auf den ersten Blick wirkt sich dieser Niedergang am dramatischsten bei der Volkspartei aus: Bundesweite liegt sie in instabilen Zeiten nicht länger, andere Schichten (Beamte, Kleinunternehmer, ländliches Umfeld) in eine Partei zu integrieren. Andererseits töbt intern ein erbitterter Richtungsstreit, wie lange noch mit der SPÖ koalieren soll. Die Meinungsunterschiede gehen bis zur Spaltung: Busek droht damit, falls Wolfgang Schüssel nicht Parteibommann wird. Doch selbst Schüssel - der als Großkoalition bekannt ist - steht so unter Druck, daß er erklärt: „Nach den nächsten Wahlen sind alle Optionen offen“.

Ende des österreichischen Weges

Für den Aufbruch der Nachkriegsordnung, dem Anstieg sozialer Spannungen und rechtsradikalpolitischer Tendenzen sind in ganz Westeuropa ähnliche Gründe zu suchen. Trotz eines angeblichen Wirtschaftsaufschwungs gibt es Massenarbeitslosigkeit, die sich mit jedem zehntel Prozent weiter ausdehnen wird. Die Faschisten gehen es darum, eine terroristische Gesellschaftssetzung - die in diesem Jahrhundert bereits 60 Millionen Menschen auf dem Gewissen hat - herzubauen. Den „Anarchisten“ (wenn sich die Täter dieser Denkrichtung zugehörig fühlten) geht es darum, mit fatalen Mitteln ein System der absoluten Freiheit zu erreichen. Wie man diesem näher kommt, indem man Habe verdunkelt, ist natürlich nicht nachvollziehbar. Im Zusammenhang mit dem aktuellen Anschlag wurden aber auch einige interessante Details sichtbar. In Oberwart wurden zuerst die Habsburger der Roma durchsucht. Nach dem Attentat auf den Strommast durchwühlte aber niemand die Zentrale der Stromgesellschaft, sondern drang die Alarmabteilung in das Ernst-Kirchberger-Haus ein. In den Tagesschriften waren Interviews mit verdreckten Fahndern in der „gewaltbewaffneten Linke Szene“ zu lesen. In die reichen Szenen gingen auch Verbündete anderer Natur: Über Gruppierungen wie die NS-Notwendigenschaft der Polizei, um keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen. Die Tat von Ebergassing ist klar zu verurteilen. Aber der „geistige Ziehvater der rechtsextremen Terrors“, Jörg Haider, hat dazu sicherlich kein Recht. Ebenso wenig die Medien, die seine ausländerfeindliche Hetze mittragen. Was jetzt sicher nicht geschehen darf, ist, daß mit dem Verweis auf Ebergassing die Gefahr von Rechts- oder die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung zugedeckt wird.

SPÖ: Stärkung der Offensivkraft?

Die rasche Umsetzung des SPÖ-Regierungsteams wird als Zeichen der Erneuerung verkauft und soll den Protest an Sparplänen und Ausländerpolitik eindämmen. Doch wie sieht die Realität aus?

Der neue Innenminister, Caspari, einen Höhepunkt im Februar heftige Kritik an Aufenthaltsgesetz und Ausländerpolitik Loschnacks, und einen fordernden Rechtschritt für in- und ausländische Arbeitnehmer mit allen Konsequenzen. Nun macht er klar, daß das Aufenthaltsgesetz wiederum nichts bringt. Doch eine solche Variante scheint kurzfristig gar nicht so unrealistisch. Auch, weil sich schwarz - blau eventuell nicht ausgeht. Doch eine solche Regelung wäre noch schwächer als die jetzige und von vorne herein zum Scheitern verurteilt. Sie würde mit dem Hinweis auf „Sachzwänge“ weiterhin Sozialabbaumaßnahmen durchführen. Die Anbieter und der Rechtsstreik der Grünen Richtung „stabiler“ Partei sind ein deutliches Indiz dafür, daß die Liberalen Forum mit links sowieso nichts zu tun. Und die SPÖ wird dieselbe Politik wie jetzt machen. Nach einem kurzen Zwischenspiel wäre der Weg für Haider freigespult.

Die einzige Möglichkeit, das zu verhindern, Druuck von unten, vor allem auf die Gewerkschaften, damit sie gegen die Regierungspolitik stimmen. Und Druck innerhalb der SPÖ wird diesehebele politisch auf die Partei verhindern, daß sie Ziele seiner Tätigkeit als Sozialminister: „Bekämpfung des Mitt-

Niedergang der ÖVP

Die Art wie die ÖVP ihre persönlichen Fragen regelt, trägt sicherlich das

IKL: Auf zum letzten Gefecht?

Die MitarbeiterInnen des Interkulturellen Lernens wehren sich nach wie vor gegen die Einstellung ihres Projekts. Fix ist nach wie vor nur die Kündigung aller KollegInnen per Ende Juni.

von John Evers

Trotz Zusagen der zuständigen Vizebürgermeisterin Laska schwieben 150 Angestellte die nur über eine befristete Außenfahrtsgenehmigung verfügen weiter zwischen Sein und Nichtsein. Nichtehemal ein Sozialplan ist bis jetzt fixiert. Es wurde zwar ein Verein „Wiener Kinder und Jugendbetreuung“ gegründet, doch dieser wirkte nicht sehr vertraut mit der Arbeit des Projekts. Weder mit dem Verband Wiener Bildungs (bisheriger Dienstgeber), noch dem Betriebsrat, es gab bis jetzt Kontakt.

Laska will offiziell zweierlei: Eine seitens der bisherigen Aktivitäten nicht ganz sicher ob und wie man weiterkämpfen kann. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde über die Möglichkeit eines Treffs diskutiert. Das richtige und notwendige Mittel wäre es sicher. Nur müßten sich Betriebsrat und Gewerkschaft mit aller Kraft die

Seite 2



Kein Ende der Abschiebungen

brauchs von Sozialleistungen“ und „Korrekturen bei unzweckmäßigen Sozialleistungen“. Helga Konrad findet das Sparpaket wenigstens „unterförmlich“. Grundsätzliche Kritik an Punkten wie z.B. der Wegfall der Sonderunterstützung, war von ihr ebenfalls bestätigt.

Ampelkoalition: Die Alternative?

gegen. Wir wissen nicht, wie lange wir unseren Arbeitsplatz noch behalten werden. Hat uns doch die Geschäftsführerin noch Anfang März versprochen, daß wir nichts zu befürchten hätten und die quasi „kleinen finanziellen Schwierigkeiten“ bald wieder besiegt sein würden. Nach dem Motto: „Brav weiterarbeiten, der Papier wird schon richten“, Rückblickend kann man aber sagen, daß das einzige was der „Papa“ gerichtet hat, die eigene Zukunft war, unsere schien nicht sonderlich interessant zu haben. Während 1627 Kolleginnen müssen sonst das vom Vorstand verunreinigte Chaos mit Arbeitsplatzverlust bezahlen. Aber auch die verbliebenen Konsum-Angestellten gehen einer ungewissen Zukunft ent-

Seite 3

Managementfehler auf Kosten der Beschäftigten



Die Befreiung Österreichs vom Faschismus durch die Alliierten schaffte die Voraussetzungen zur Gründung der zweiten bürgerlichen Republik. In den ersten Jahren ihres Entstehens wurden jene Weichen gestellt, die bis heute „unsere politischen und wirtschaftlichen Systeme prägen. Setzen sich damals die „Gegner von einst“ einfach an einen Tisch und begannen „eine Erfolgsstory ohne Beispiel“?

David Mum
JRE Wien - West

Die Idee einer eigenständigen österreichischen Nation, zu der sich die große Mehrheit der Bevölkerung bekannte, setzte sich erst nach 1945 durch. In der Zwischenkriegszeit galt Österreich als zweiter, kleiner deutscher Staat, dessen Lebensbereicherung sämtliche politischen Kräfte befreite. Das Österreich nach 1918 nicht Teil Deutschlands wurde, hat nur am „Anschlußverbot“ der Alliierten des Ersten Weltkriegs gelegen. Die Sozialdemokraten forderten bis 1933 die Vereinigung mit Deutschland. Es gab eine starke großdeutsche Partei im Parlament. Die Christlich-Sozialen sprachen stets von Deutsch-Osterreicher. Und die Nazis nutzten später diese „Grundstimmung“ geschickt für ihre Zwecke. Die eigentliche „Erfinder“ der modernen österreichischen Nation war der Kommunist Alfred Klar. Er verallgemeinerte die damalige Linie der KPÖ (und damit Stalins): Es geht nicht um ein sozialistisches Österreich, sondern um diesen nationalen Befreiung von Deutschland. Wie „kommunistisch“ dieses Programm tatsächlich war, zeigt sich daran, daß es zum Grundkonsens der Zweiten Republik wurde. Moskaus strategischen Plänen von neutralen Pufferstaaten gegenüber dem Westen kam die Idee eines unabhängigen, kapitalistischen Österreichs sehr entgegen. Die West-Alliierten waren sich zunächst über ihre Linie nicht sicher. Es gab Pläne, Österreich zu teilen. Schließlich wurde aber 1943 die Moskauer Deklaration beschlossen, in der man sich für die Entstehung eines ungeteilten Staates aussprach.



Entstehung der Republik, Provisorische Regierung

Am 13.4. nahm die Rote Armee Wien ein. Am 29.4. wurde im Rat haus die provisorische Regierung gebildet. Sturzgründer war, wie auch schon in der Ersten Republik, Karl

gewesen.

Die Wahlen Ende '45 brachten für die KPÖ eine harte Niederlage. Sieger war die ÖVP mit 49,5%. Die SPÖ erhielt 45% und die KPÖ 5,5%. Zahlreiche austrofaschistische Funktionäre (z.B. Raab) sparten und KPÖ geblieben. Regierung. Kurz erwähnt sei auch, daß es von rechten ÖVP-Kreisen vor diesen Wahlen einen klaglich gescheiterten Putschversuch gab. Die KPÖ wurde jetzt massiv aus leitenden Positionen und dem Staatsapparat gedrängt und nicht selten durch Personen ersetzt, die im grünen oder braunen Faschismus wichtige Rollen gespielt hatten. Der Antikommunismus machte der Entrüstung ein jähes Ende.

Der Antikommunismus war kein Antifaschismus, der sich gegen die statalistische Diktatur richtete. Er nahm nur die berechtigte Ablehnung des Stalinismus zum Anlaß, sämtliche Linienpositionen als kryptokommunistisch zu diffamieren. So spielte er eine notwendige Rolle bei der Restaurierung des Kapitalismus in Österreich. Vor allem auch die SPÖ-Führung war bestrebt, sich gegenüber der ÖVP als „bessere“ antikommunistische Partei zu profilieren.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen in der SPÖ

Die Aktivisten der SDAP der Zwischenkriegszeit gingen nach deren Zerschlagung nach dem 12.2.1934 im wesentlichen drei Wege. Ein bedeutender Teil wechselte wegen des Versagens der SDAP beim Kampf gegen den Faschismus zur KP. Eine gründeten die Revolutionären So-

gen, sondern durch seine militärische Niederlage gestürzt wurde. Trotzdem kam es in den 40er Jahren noch zu einer Reihe heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen. 1946 übten die Linken Kritik an Innenminister Helmer, der Faschisten in die Executive zu ersetzen. 1947 brachte dann der Zentralsekretär Scharf als Repräsentant der Linken die sogenannte Resolution der 44 ein. Ihre Hauptaussage war, daß der Hauptfeind steht. Parteichef Schärf ging inhaltlich nicht auf die Resolution ein, sondern meinte, daß man Konsequenzen ziehen werde. Scharf wurde als Zentralsekretär abgesetzt, mußte sein Nationalratsmandat niedergelegen, erhielt Funktions- und Redeverbot. Am Parteitag 1948 wurde er aus der SPÖ ausgeschlossen. Viele Linkskräfte in der SPÖ - wie Josef Hindels und die Sozialistische Jugend - distanzierten sich von Scharf. Hindels meinte, die Linken müßten um jeden Preis in der SPÖ bleiben, weil sie die einzige verlässliche Arbeitgeberpartei sei. Paradoxweise lehnte er mit dieser Begründung auch die Bildung einer Front an.

Scharf und Hilde Krones traten zwar auch für linke Arbeit in der SPÖ ein, aber nicht, um bürgerliche Methoden der Parteiführung einfach hinzuholen. Ersterer gründete nach seinem Ausschluß eine „links-sozialistische“ Partei, ging aber rasch zur KP und übernahm deren statis-

tische Positionen. Das bot der rechten Parteiführung eine willkommene Möglichkeit: Scharf und Co waren einfach Agenten gewesen. In der SPÖ herrschte ab diesem Zeitpunkt Pessimismus gegen linke Positionen und Kritik. Hilde Krones beging Ende der 40er Jahre in diesem Klima Selbstmord. Marschallplan, Verteilung und Besetzung taten ihr übrigens, um die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und der ÖVP zu rechtfertigen. Die in der SPÖ verbliebenen Linken gaben vielfach dieser Stimmung nach und versanken als politischer Faktor für eine ganze Periode in die Bedeutungslosigkeit.



Gewerkschaften und Sozialpartnerschaft

Der ÖGB wurde als überparteilicher Einheitsgewerkschaftsverband gegründet, in dem sich die Parteien in Fraktionen organisierten. Er betrieb seit seiner Entstehung eine Politik der offenen Zusammenarbeit mit den Unternehmerorganisationen. Ideologisch wurde den Gewerkschaften „Verantwortung für den Gesamtzustand der (kapitalistischen) Wirtschaft“ zugeschrieben. Von Beginn an wurde damit die eigentliche Rolle der Gewerkschaften - als selbständige Interessenvertretung der Arbeitnehmung - stark eingeschränkt.

Als oberstes gemeinsames Ziel galt insbesondere ein hohes Wirtschaftswachstum, da ja dann für alle mehr vom Kuchen auffällt. Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“ war kein Thema!

Die Sicherung bzw. der Ausbau von sozialen Rechten in der Zweiten Republik war mit das Ergebnis von kollektiven Aktionen der Gewerkschaftsmitglieder, sondern wurde in geheimen, informellen Verhandlungen erzielt. Natürlich spielte die Angst vor der potentiellen Stärke der Arbeiterbewegung eine Rolle. Der ÖGB hatte bereits 1948 1,8 Millionen Mitglieder. Doch diese Praxis der beginnenden Sozialpartnerschaft hätte längerfristig zwei Folgen. Einerseits blieben die Zugeständnisse an die Arbeitnehmer immer weiter den Profiten zurück. Andererseits

führte diese Praxis zur Schwächung der Kampfkraft und zur Empolitisierung der Mitglieder.

Die Lohn-Preisabkommen

Die Alliierten verhängten im März 1946 einen Lohn- und Preisstopp. Grundgedanke der Wirtschaftspolitik war, daß die Löhne hinter den Preisen zurückbleiben sollten. Das WIFO schrieb 1949: „Durch die Nivellierung der Löhne und Gehälter... wurde der Verbrauch möglichst niedrig gehalten und die Kapitalbildung der Wirtschaft maximiert.“ Die Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaus wurden so der arbeitenden Bevölkerung aufgepflanzt. Dieser arbeiterfeindliche Politik war es auch, die zum Oktoberstreik führte.



streikende die Möglichkeit, in der gewonnenen Lage die Puschlöhne vorzutäuschen. Es ginge, so die Aussage der Legende, nicht um das Abkommen, sondern um Demokratie oder Diktatur.

Die Betriebskonferenz stellte der Regierung die Bedingung, daß Lohn-Preisabkommen zu kündigen. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes appellierte an die Arbeiterschaft, Disziplin zu halten und will die Streikaktionen zu unterlassen.“ (Fritz Klemmer, Chefredakteur des ÖGB).

Die Vorarlberger Nachrichten schrieben über die ersten drei Lohn-Preisabkommen: „Während das Abkommen von 1947 einen hohen Wirtschaftswachstum, da ja dann für alle mehr vom Kuchen auffällt, Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“ war kein Thema!“

Schon nach dem 3. Abkommen regte sich Widerstand. Am 17.5. demonstrierten 170.000 Menschen in Wien dagegen. Das 4. Abkommen brachte dann das Faß zum Überlaufen. Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker usw. wurden zwischen 20% und 63% teurer. Strom um 42%, Kohle um 50%. Die Lohnherhöhungen machten durchschnittlich 10% aus!

Das Lohn-Preis-Verhältnis war somit schlechter als das von 1937. Der ÖGB sprach nichtsdestotrotz von einer Abergaltung an die Arbeitnehmer immer weiter den Profiten zurück.

1950: Oktoberstreik

Der Oktoberstreik, der zwischen dem 26.9. und 5.10. 1950 stattfand, war die größte Streikbewegung der Zweiten Republik. Er fand gegen den erbitterten Widerstand der ÖGB-Führung statt. Vor den Verhandlungen forderten die Belegschaften von 88 Großbetrieben Lohn erhöhungen zwischen 15 und 30%. Nach Bekanntwerden des negativen Verhandlungsergebnisses reagierten zuerst die Arbeitnehmer in Oberösterreich. In Wien streikten 158 Betriebe, in Niederösterreich gab es praktisch eine geschlossene Streikfront. Fatal für den Ausgang des Streiks war der von der KPÖ mitgetragene Beschluß, den sich gerade ausweitenden Streik vorläufig auszusetzen. Stattdessen rief

sie zur Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebskonferenz auf. KPÖ-Vorsteher schickten demonstrierende Arbeiter wieder nach Hause. Diese Vorgehensweise brachte der Streikbewegung ein Ende.

In jüngster Zeit gab Fritz Klemmer, Erfinder der Puschlöhne, zu:

„daß es mir nicht gelungen ist, einen tatsächlichen Beweis (des Puschlöhns) zu konstruieren.“ Weiter: „Es handelte sich sicherlich nicht um einen kommunistischen Putschversuch, aber ein Erfolg des Streiks hätte zu wachsendem Einfluß der Kommunisten im Gewerkschaftsbund geführt“. Nach dem Streik wurden die KPÖ-aufgehenden Positionen im ÖGB gedrängt.

Die Niederlage des Streiks festigte die Politik der Klassenzusammenarbeit und hat den Widerstand dagegen endgültig geschwächt.

Demonstration gegen Lohn-Preis-Abkommen

ter denen sich auch etliche Sozialdemokraten befanden, unter Gewaltwendung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

In jüngster Zeit gab Fritz Klemmer, Erfinder der Puschlöhne, zu:

„daß es mir nicht gelungen ist, einen tatsächlichen Beweis (des Puschlöhns) zu konstruieren.“ Weiter: „Es handelte sich sicherlich nicht um einen kommunistischen Putschversuch, aber ein Erfolg des Streiks hätte zu wachsendem Einfluß der Kommunisten im Gewerkschaftsbund geführt“. Nach dem Streik wurden die KPÖ-aufgehenden Positionen im ÖGB gedrängt.

Die Niederlage des Streiks festigte

die Politik der Klassenzusammenarbeit und hat den Widerstand dagegen endgültig geschwächt.

Verstaatlichte

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die großen Teile der Wirtschaft verstaatlicht. Einseitig handelte es sich um ein Zugeständnis an die Arbeitnehmer.

Die Mitarbeiter der Privatwirtschaft am Arbeitsmarkt waren darum... wie man trotz Verstaatlichung die Interessen der Privatwirtschaft am Vorstehen erhalten wußte.“

Neutralität und Staatsvertrag

Die Sowjets waren zum Staatsvertrag bereit, nachdem sich Österreich im Moskauer Memorandum vom 15.4.55 zur immerwährenden Neutralität bekannt. Der Staatsvertrag wurde dann einen Monat später von Österreich und den 4 Alliierten, USA, Britannien, Sowjetunion und Frankreich unterzeichnet. Die Neutralität formell, davon unabhängig, „aus freien Stücken“ am 26.10.55 von Nationalrat beschlossen.

Zur Neutralität ist anzumerken, daß Österreich nicht nur wirtschaftlich in das westliche Lager integriert war, sondern auch militärisch in Napoleon. Mit dem Zerfall der Sowjetunion setzte der Druck, vor allem der Bürgerlichen, die Neutralität abzu-

schließen, sofort ein.

Die Dinge, die die Zweite Republik prägten, wurden hier aufgeführt. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

sofort ein Ende. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sie heraus, daß vieles von vorgehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwinden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue **VORWÄRTS** kann man jetzt noch leichter abonnieren.
Einfach Karte ausschütteln, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue **VORWÄRTS** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein **VORWÄRTS**-ABO für:
- 5 Nummern zu 50 (inkl. Porto)
- 5 Nummern zu 65 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 80 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von **VORWÄRTS** und möchte:

- Ich möchte bei **VORWÄRTS** mitmachen.
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS** zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Brochüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft **VORWÄRTS**:

- * Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- * 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- * Einen garantierten Ausbildungsort für jeden und demokratische Schulen!
- * 30 m² Wohnung für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- * Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen!
- * Drolen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- * Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- * Schaffung eines Sozialabbaus und Privatisierungspolitik!
- * Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- * Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Schlaf mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- * Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- * Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- * Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsort, Gewerkschaft und SPÖ!
- * Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- * Facharbeiter im Funktionärs- um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- * Ein soziales Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Feriens sind zwar gut zum Entspannen, aber leider nicht für den Kampffonds. Daher haben wir von unserem April-Ziel leider nur 29,3% erreicht. Besonders gut haben wir auf dem Kongress von JRE und der Demonstration am 20. April verkauft. Großes Interesse gab es auch auf den verschiedenen Veranstaltungen zu "50 Jahre Ende 2. Weltkrieg" und "50 Jahre 2. Republik". Das ist aber zuwenig! Der 1. Mai war und ist ein Kampftag der Arbeiter. Und zu kämpfen gibt es nach wie vor genug. An Ausbeutung und Unterdrückung hat sich nichts Grundlegendes geändert. Snapack, Unternehmensgriffe und die Vorstufen der Faschisten machen das immer wieder deutlich. Um dagegen anzukommen brauchen wir eine Zentrale Linke Medien bekommen vom Staat nur wenige Geld (**VORWÄRTS** gab keines). Wir sind auf die Unterstützung unserer LeserInnen angewiesen. Wenn ihr **VORWÄRTS** gut findet, dann unterstützt uns. Mit einem Abzug, einer Überweisung oder einem kleinen direkten Beitrag zu **VORWÄRTS**-Verkäufer!

Kampffonds Aktuell

5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%
2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014

PSK 8812.733

VORWÄRTS Shop

Unser Programm! 65 30,-

NEU - NEU - NEU
Lenins Testament
2x 65-Marken

Unser Frauenprogramm! 65 35,-

Was ist Faschismus?
Und wie wir ihn bekämpfen!
65 30,-

Gegen Nazis T-Shirt
weiß L oder XL, 65 120,-

Gegen Nazis Buttons 65 15,-
Materialiste 65 10,-

Vereinzelt erfolgt nach Einlangen
des Geldes auf unserem Konto
PSK 8812.733

Um unsere Ideen besser verbreiten zu können brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die Kosten Geld! Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung. Am schnellsten geht es, wenn es auf unser Konto überweist, am besten gleich mit Dauerhaftag! Danke - denn jeder Schilling zählt!

PSK 8812.733

Anschließend gab es wieder Arbeitskreise. Unter anderem referierte OÖG Vorsitzender n. der Memy über die „Situation von Lehrlingen heute“, und in einem Arbeitskreis zum Thema „Generation X“ kamen wir zum einen

Europa erzähle: JRE!!!!!!!

Der Kongress war ein wichtiger Punkt für den Aufbau von JRE Österreich. Die Ergebnisse der Diskussionen werden wir mit Elan in den Gruppen umsetzen.

20. April Demo

Am 20. April feiern die Faschisten den Geburtstag ihres Führers. Alljährlich organisiert JRE Österreich eine Demonstration gegen Faschismus, um die feiernden Nazis von der Straße zu vertreiben. Ileuer folgten dem gemeinsamen Aufruf von JRE und **VORWÄRTS** etwa 1.000 Jugendliche. Lautstärke wurde die Wut über rassistische Gesetze, Jörg Haider und Nazizittern deutlich, aber es

wurden auch das Opfer des Nazi-regimes, des Aufstandes im Warschauer Ghetto und der Bombenanschläge gedacht. Wir konnten wieder eine Jugendliche für JRE und **VORWÄRTS** ansprechen. Jeder neue Aktivist ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Rechts.

Mach auch DU mit!



Partie, zu der mehr als 200 Jugendliche kamen.
Den zweiten Tag starteten wir wieder mit einer Podiumsdiskussion. Preschern und Sonja Grusch (**VORWÄRTS**) sprachen über „Bildungs-politik heute“. Schülerinnen und Schüler berichteten von der Situation an ihren Schulen, und wir diskutierten unsere Zukunftsperspektiven.

Den politischen Abschluss des ersten Tages bildete eine Podiumsdiskussion, „Rechts zum Thema „Was tun gegen Rechts?“ mit John Evers (**VORWÄRTS**), Peter Pilz (Die Grünen), Woller (SPÖ).
Danach gab es natürlich noch eine legendäre Rave Against Haider.

Seite 6

Termine

18.5.: Über die „Skinheads“ und die Wurzeln dieser Bewegung diskutieren die JRE-Gruppe Wien-Ost.

19.5.: „Nein zur dritten Republik“ erklärt die JRE-Gruppe Wien-Süd.

22.5.: Die Plattform „Uns reicht's - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich“ lädt zur Diskussion zum Thema „Geschichte der SPÖ in der 2. Republik“ mit Hugo Pepper; Vorsitzender des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer.

25.5.: „Linker Terror gegen rechten Terror?“ Diese Frage erörtert die JRE-Gruppe Wien-Nord.

26.5.: Die JRE-Gruppe Wien-West deckt das „Braune Netzwerk“ auf.

26.5.: Die SJ-Wels Barricade diskutiert mit NRAhbg. Georg Oberhaider über die „Politik und Perspektiven der SPÖ“

Seite 7

Internationales



Rechtsruck in den USA

Der Terroranschlag in Oklahoma - City geht vermutlich auf das Konto von Mitgliedern einer der unzähligen rechtsextremen paramilitärischen Gruppen in den USA. Rassistische „Bürgerwehren“ erhalten derzeit Aufwind. Sie profitieren von der wachsenden Unterstützung einer „Law and Order - Politik“ und dem Rechtsruck im politischen System der USA.

Sybille Uhdua

SJ 3

Aus den Zwischenwahlen zum Kongress und Senat Anfang November 1994 gingen die Republikaner als klare Sieger hervor. Sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus erreichten sie die Mehrheit.

Ohne ihre Mithilfe und die ihrer neuen „Sprechers“, des rechtsextremen Tommy Sheridan 48% und zieht wieder in den Stadtraum ein. Die Labour Party (LP) hat ihren Stimmanteil von 34% (5.922) auf 4% ausgebaut. Gestimmt wurde aber nicht für die LP, sondern gegen die Tories. In die LP gibt es kein Vertrauen, sie wird nur mehr als Instrument gesehen, das Toyos zu werden. Außerdem hat der Politiker der LP bereits klar gemacht, dass sie die Kurzungen der Toyos nicht zurücknehmen werden.

Summierte man die Ergebnisse an den midterm-Wählern, über 100 Millionen haben sie ignoriert. Gerade 50,2% wählten Gingrichs „Mannen“ - ein Mandat, das sich auf 18 % der Wahlberechtigten stützt, unter denen weiße Weiber der Oberschicht mehr als überrepräsentiert waren.

Die Mehrheit vor allem der sozial schlechtergestellten AmerikanerInnen ist von der Regierung Clinton zurückentzündet und sieht keine linke Alternative. Gewählt wurde dieser weise seiner vollenmundigen Reformversprechungen. Umgesetzt ist bis jetzt nichts: Die Zahl derjenigen, die unter der Armutsgrenze leben, ist auch unter dem amtierenden Präsidenten weiter gestiegen.

Daher setzen die reichsten 18 % ihrer Interessen durch, und die launigen „Welfare Mother“ künftig mit keiner Erhöhung der staatlichen Unterstützung rechnen können.

Besonders betroffen von allen Kürzungen sind Schwarze und Latinos, die noch immer zu den am meisten benachteiligten Gruppen des Landes zählen. Da in einem kürzlich eröffneten Wachstumsbüro beigebracht wurde, dass die Förderung der sozialen Dienstleistungen auf 2 Jahre begrenzt werden, die

den soll, ist außer der Rüstungsindustrie der Strafvollzug; Obwohl die Belegschaft der Gefängnis schloss in der Reagan-Ara verdreifacht worden war, stricken die Republikaner Vorsorgemaßnahmen, die auf gefährdeten Jugendlichen abzielen und erhöhen die Gelder für den Gefängnisbau.

Der Massenanzug von den Ghettos in die Zuchthäuser wird damit neu aufgewacht. Bürgerliche und schwarze Nachwuchs wird eine „Welfare Mother“ künftig mit keiner Erhöhung der staatlichen Unterstützung rechnen können.

Marionette der Republikaner

besonders betroffen von allen Kürzungen sind Schwarze und Latinos, die noch immer zu den am meisten benachteiligten Gruppen des Landes zählen. Da in einem kürzlich eröffneten Wachstumsbüro beigebracht wurde, dass die Förderung der sozialen Dienstleistungen auf 2 Jahre begrenzt werden, die

sozialen Dienstleistungen auf 2 Jahre begrenzt werden, die

gewandelt, als dies bei Saddam Hussein der Fall war.

Aber auch die Haltung der EU zur Türkei ist ein Lehrbeispiel für politische Doppelmoral. Einerseits macht zwar die EU eine Mitgliedschaft der Türkei in der Zollunion von Veränderungen der Menschenrechte abhängig, andererseits ist die Türkei ein geringes Waffenknäuel. Jene Spezialheiten, deren Rechnung die systematische Verstörung von ca. 800 kurdischen Dörfern geht, wurden teilweise in Deutschland ausgebildet, und in Frankreich sowie Deutschland wurden prokurdische Vereine verboten.

Weniger Sympathie als bei den Regierungschefs der EU und der USA findet das Regime von Ciller bei der breiteren Masse der Bevölkerung in der Türkei. Denn diese ist es, die deren Politik ausüben. Sie ist es, die mit einer 140% igen Inflation (pro Jahr) zu kämpfen hat, die Arbeitslosigkeit betroffen ist und aus der Privatisierung der Stahlindustrie sicher keinen Profit schlagen wird. Damit sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht gegen die herrschende Clique richtet, versucht man, die verschiedenen Gruppen gemeinsam auszuspielen. Die Kunden reicher als Sündenbock offenbaren sich nicht mehr. Jetzt kommen die Aleviten noch dazu. Bei den letzten Wahlen (94) äußerte sich der Unrat der Bevölkerung besonders im Anwachsen der islamischen Wohlfahrtspartei (über 20% der Stimmen) sowie der nationalenischen MHP (13%). Doch die große Chance steht sicherlich in der Wiederauflebung der nach 1980 verbotenen Gewerkschaften. Bei den beiden eintägigen Generalstreiks (Juli und Dezember 94) gingen mehr als 500.000 Verwaltungssstellen so wie 1 Million ArbeitnehmerInnen verschiedenster ethnischer und religiöser Zugehörigkeit auf die Straße.

Killer-Ciller

men die Aleviten noch dazu. Bei den letzten Wahlen (94) äußerte sich der Unrat der Bevölkerung besonders im Anwachsen der islamischen Wohlfahrtspartei (über 20% der Stimmen) sowie der nationalenischen MHP (13%). Doch die große Chance steht sicherlich in der Wiederauflebung der nach 1980 verbotenen Gewerkschaften. Bei den beiden eintägigen Generalstreiks (Juli und Dezember 94) gingen mehr als 500.000 Verwaltungssstellen so wie 1 Million ArbeitnehmerInnen verschiedenster ethnischer und religiöser Zugehörigkeit auf die Straße.

VORWÄRTS Jugend und Kultur

200 auf erfolgreichem JRE Kongress

Am 1. und 2. April kamen rund 200 Jugendliche zum Kongress von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ gegen rechte Hetzer und Sozialabbau. 200 Jugendliche, die genug von FPÖ und rassistischen Gesetzen haben; 200 Jugendliche, die genug von Sparpaket und Bildungsklaus haben. 200 Jugendliche, die aus diesen Gründen aktiv wurden!

Markus Zaradnik
JRE-Wien Ost

Am Samstag begann der Jugendkongress mit etwas Verspätung um 14.30 Uhr. Als Einsteig zeigten wir zwei Kurzfilme, die sich mit dem braunen Netzwerk beschäftigen. Danach gab es die ersten Arbeitskreise. Wir luden zu diversen Themen aus dem Antifa-Bereich Experten ein. An einigen Arbeitskreisen nahmen bis zu 40 Leute teil.

Besonders Interesse herrschte bei dem Referat von Richard Meisl (AK-Wien) über die internationalen Verbindungen der Nationalen. Der Widerstandskämpfer Raifelberger erzählte uns von seinen Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus und Unterdrückung. Anschließend sahen die Kongreßbesucher die



Welpremiere von „JRE Österreich - Der Film“. Wir konnten auf bereits vergangene, erfolgreiche Aktionen zurückblicken (Brüssel-Demo '92, Anti-Nazi Camp u.v.m.), hörten Interviews mit JRE lern aus ganz Europa über deren Arbeit.

Nach diesem Film gab es den zweiten Durchgang von Arbeitskreisen. Beim Arbeitskreis „Get organised“ nahmen Jugendliche aus mehreren Bundesländern teil, die jetzt auch in ihren Städten JRE-Gruppen aufbauwollten.

Den politischen Abschluß des ersten Tages bildete eine Podiumsdiskussion, „Rechts zum Thema „Was tun gegen Rechts?“ mit John Evers (**VORWÄRTS**), Peter Pilz (Die Grünen), Woller (SPÖ).

Danach gab es natürlich noch eine legendäre Rave Against Haider.

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

Wasser predigen, Wein trinken

Konkordat

Jetzt Austreten!

**Vor 20 Jahren missbraucht ein Priester einen Schüler.
Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht. Wir meinen: Kein Einzelfall.**

von Harry Mahrer
JRE-Wien Süd

Kurt Krenn gibt Kardinal Groer theologische Rückendeckung. Frei nach dem Motto: "Es kann nicht sein, was nicht sein darf." Im „Report“ vom 11.4. erklärte Krenn, daß „die Wahrheit der Recherche eine neben-sächliche Wahrheit“ sei. Denn „es ist die Wahrheit Gottes“, der wir alle „gehoren“ müssen.

Kirchliche Wahrheit

Als der sexuelle Mißbrauch durch den Kardinal bekannt wurde, schalteten die Kirchenfürsten Österreichs auf stur. Die „Medienhetze“ wurde angeprangert, die Vorfälle als „undenkbar“ abgetan und die Berichterstattung gar mit NS-Hetze verglichen. Eine unglaubliche Freiheit gegenüber denjenigen, die wirklich unter der Hetze litten. Als mehrere ähnliche Fälle an die Öffentlichkeit drangen und die Richtigkeit der Anschuldigungen gegen Groer immer klarer wurde, bröckelte die Kirchenmauer. Der Kardinal trat als Vorsitzender der Bischofskonferenz zurück, eine Untersuchungskommission wurde gefordert und Groer bekommt seinen Nachfolger zur Seite gestellt. Damit er sich langsam zurückzieht.

Die Kirchenführung ist gespalten. Die einen wollen durch einen Rücktritt Groers bald wieder zur Tagesordnung übergehen, die anderen sehen überhaupt keinen Handlungsbefehl.

Letztere, allen voran Kurt Krenn, versuchen, das Opfer zum Täter zu

machen. Er sei ein „Judas“, also ein Verräter an der Kirche. Der mutmaßliche Täter hingegen sitzt, trotz sonst so starker Sexualmoral, noch immer in seinem Sessel.

Zurück zum Kirchenstaat

Die katholischen Fundamentalisten haben sich gesammelt. Die kirchlichen Würdenträger Schönborn, Küng, Laun, Werner, Eder... und natürlich Kurt Krenn preschen nun vor. Die Kirche habe die Wahrheit Gottes zu vertreten, auch wenn dies unpopulär ist. Die Wahrheit Gottes ist in diesen Kreisen klar und eindeutig: Der Mensch hat sich Gottes Willen bedingungslos zu unterwerfen. Gottes Wille ist Keuschheit, Gehorsam und Konservativismus.

Im Privatverein Kirche gibt es keine Demokratie: alle Posten werden von oben vergeben. Für die Fundamentalisten ist Demokratie an sich „heidnisch“, denn der Mensch darf nicht in Gottes Lauf der Dinge drehen. Krens „Europaberater“ Ro-

Spanns Staatstheorien, die teilweise Vorlagen für den Austrofaschismus waren. Laut Othmer Spann heißt Demokratie „das Niedere herrschend machen über das Höhere.“ Für Romig gilt auch nur ein Menschenrecht: Das Recht auf Heimat. So läßt sich die Unterstützung für Haider „Ausländer raus“- Begehrten erklären. Zum Thema Rassismus meinte Krenn nur gelassen: „Wenn Gott selber will, daß die Leute verschiedene Sprachen sprechen, daß jedes Volk ein bißl' anders ist...“

Mit den Rechten konnte die Kirche immer schon sehr gut, besonders nach dem 2. Weltkrieg, als Nazifunktionäre und Kriegsverbrecher via Vatikan nach Südamerika geschleift wurden. Aber auch im Austrofaschismus hatte die Kirche keine Probleme, im Gegenteil: sie spielte eine tragende Rolle. Beim Anschluß an Hitler-Deutschland rief Kardinal Initiator dazu auf, für den Anschluß zu stimmen und unterschrieb den Aufruf mit „Heil Hitler“.

Angesichts solch autoritärer Spielarten des Katholizismus, die von Krenn & Co heute noch verteidigt werden, verwundert es nicht, daß sie keinen Grund für Groers Rücktritt

sehen. Die Meinung anderer zählt sowieso nicht, schon gar nicht die des „Judas“.

Das Kirchenvolk hat entschieden: 81% für Groers Rücktritt und 5% Unterstützung für Kurt Krenn. Aber das zählt ja eh nicht.

Nicht der Sex ist das Problem, es ist die Kirche

Die kirchliche Sexualmoral ist mehr als nur ein Machwerk von ein paar ewiggestrigen Moralaposteln. Sie erzeugt sexuelle Unausgeglichenheit bei vielen Menschen. Sie wissen nicht, was sie

dürfen, wie sie es dürfen und was sie tun sollen, wenn sie die Regeln gebrochen haben. Sie reden sich in ein permanentes Schuldfühl hinein und werden oft depressiv. Die Menschen erleben ihre Sexualität nicht als etwas Schönes, sondern als etwas Böses, Dreckiges, als Strafe Gottes. Sie suchen nach der Lösung des Problems Sexualität, obwohl Sexualität an sich gar kein Problem ist, sondern erst durch die Kirche dazu gemacht wurde. Diese Menschen sind dann aber nicht fähig, Widerstand gegen soziale Angriffe zu leisten, da sie zu unsicher und so sehr auf ihr „Problem“ fixiert sind, daß sie kein Auge mehr für anderes haben..

bekommt und in staatlichen Schulen in einem Pflichtfach seine Ideologie verbreiten darf. Die Religionslehrer kosten pro Jahr 5.6 Milliarden (!) Schilling. Die Lehrer an katholischen Privatschulen, werden vom Staat mit 5 Milliarden Schilling subventioniert.

Das soll die Kirche selbst bezahlen, genau wie jeder andere Verein, der auch Schulen betreibt. (Oder besser noch: Wir machen Schlüß mit diesem Privatschulunfug.) Die Trennung von Staat und Kirche muß endgültig vollzogen werden.

Kirche vertröstet uns

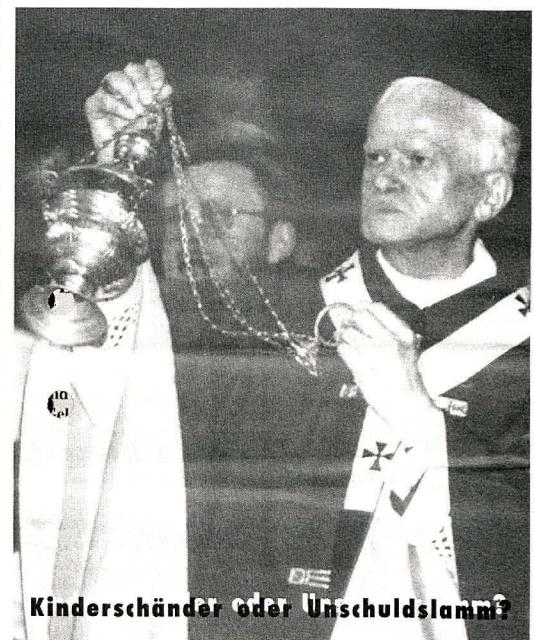
Wir bekämpfen die Institution Kirche. Sie will uns daran hindern, jetzt etwas zu verändern. Es kann uns jetzt ruhig schlecht gehen, da uns dann im Jenseits das Paradies erwartet. Wenn es das Jenseits nicht gibt (wie anzunehmen ist), haben wir Pech gehabt. Wir kämpfen daher hier und jetzt um unsere Rechte und warten nicht auf irgendein Jenseits.

Die Leistungen des Bundes für die Kirchen pro Jahr

Zuschüsse des Bundes an die katholische Kirche	460 Mio
Direkte Zuschüsse aufgrund diverser Kirchengesetze	40 Mio
Steuerliche Befreiungs-Bestimmung für Kirchen	3000 Mio
Bezahlung von Religionslehrer öffentlicher Schulen	5650 Mio
Ersatz der Personalkosten für konfessionelle Schulen	5000 Mio
Schulbücher des konfessionellen Religionsunterricht	100 Mio
Erhaltung der theologischen Fakultäten	530 Mio
Nichtbezahlung für religiösen Sendungen des ORF	800 Mio
Beitrag des Bundes zu den Religionsgesellschaften	15,58 Mrd

Jährliche Kosten der Kirchen pro Erwerbstätigem:

5.000 S



Kinderschänder oder Unschuldslamm?